



Herrn Christian Lindner MdB,
Bundesminister der Finanzen

Herrn Bruno Le Maire,
Minister für Wirtschaft und Finanzen

Berlin, 06.12.2023

Offener Brief: Die Reform der EU-Finanzvorschriften gefährdet die Widerstandsfähigkeit und den Zusammenhalt Europas

Sehr geehrter Herren Minister,

In einem überstürzten Versuch, bis zum Jahresende eine Einigung über die Reform der EU-Fiskalregeln zu erzielen, drücken die EU-Finanzminister nun eine Vereinbarung durch, die den Herausforderungen von heute und morgen unter aktuellen ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht gerecht wird. Der jüngste Kompromiss führt erneut numerische Ziele ein und lässt dabei die Notwendigkeit eines ausreichenden steuerlichen Spielraums für grüne und soziale Investitionen außer Acht. Réseau Action Climat, France Nature Environnement, der Deutsche Naturschutzring (DNR) und FiscalFuture fordern die Finanzminister auf, sich auf ein ehrgeiziges Abkommen zu einigen und sich die nötige Zeit zu nehmen, um sicherzustellen, dass diese entscheidende Reform allen Ländern genügend Investitionsspielräume und Flexibilität für die Umsetzung des ökologischen und gerechten Übergangs bietet.

Am 8. Dezember sollen sich die EU-Finanzminister auf einen Kompromiss zur Reform der EU-Finanzvorschriften einigen, der die Grundlage für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament bilden wird. Bedauerlicherweise stellt der von der spanischen Ratspräsidentschaft vorgeschlagene Kompromiss kaum eine Verbesserung gegenüber den derzeitigen Haushaltsregeln dar, die daran gescheitert sind, dass sie von den Mitgliedstaaten ohnehin nicht eingehalten werden konnten. Auch die jetzt vorgeschlagenen Regeln werden die langfristige Schuldentragfähigkeit nicht fördern und die meisten Mitgliedstaaten sogar daran hindern, ihre Klimaziele zu erreichen, wodurch die Widerstandsfähigkeit und der Zusammenhalt der europäischen Volkswirtschaften untergraben werden.

1. **Numerische Ziele, die den EU-Zielen widersprechen.** Die vorgeschlagenen Benchmarks, die von den Ländern verlangen, ihren Schuldenstand und ihre Defizite um einen Mindestbetrag zu reduzieren, würden die Fähigkeit der Regierungen einschränken, öffentliche Investitionen zum Schuldenabbau zu nutzen, insbesondere grüne Investitionen mit ihren hohen fiskalischen Multiplikatoren. Das zu behindern ist gerade aus einer ökonomischen Perspektive unbegreiflich. Dies ist besonders problematisch im Vorfeld der Umsetzung des ETS-2 im Jahr 2027, das eine unverhältnismäßige und untrag-

bare Belastung für Haushalte mit niedrigem Einkommen darstellen wird, wenn jetzt nicht in kohlenstoffarmen Verkehr und energieeffiziente Gebäude investiert wird. Diese Zukunftsinvestitionen zu hemmen ist vor allem eins: langfristig teuer!

2. **Geringere Reform- und Investitionsambitionen.** Der Kompromiss hebt auch die Anforderung an die Regierungen auf, in ihrem ersten nationalen Finanzstrukturplan neue Investitionen und Reformen vorzuschlagen, um eine erste Verlängerung des Anpassungspfads für den Schuldenabbau zu erhalten. Damit entfällt ein entscheidendes Instrument zur Förderung dringend benötigter zusätzlicher Reformen und Investitionen nach 2026 zur Erreichung der vereinbarten EU-Ziele und eines gerechten Übergangs.
3. **Vorrang der Verteidigungsausgaben vor anderen EU-Zielen.** Der Kompromiss schlägt vor, dass Verteidigungsinvestitionen ein relevanter Faktor sind, der berücksichtigt werden muss, bevor ein Defizitverfahren gegen ein Land eingeleitet wird, neben anderen relevanten Faktoren, die nicht ausdrücklich Klimaschutzmaßnahmen beinhalten. Stattdessen sollten Investitionen in alle vereinbarten EU-Prioritäten als relevante Faktoren betrachtet werden, die vor der Einleitung eines Defizitverfahrens zu bewerten sind.
4. **Fehlender Raum für an EU-Prioritäten gekoppelte Investitionen und Anreize für Zukunftsinvestitionen.** Schließlich enthalten die Vorschriften keine zusätzlichen Bewertungskriterien, um die Qualität öffentlicher Investitionen zu gewährleisten, wie z. B. den Grundsatz, dem Klima und der Umwelt keinen erheblichen Schaden zuzufügen.

Wir glauben, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine verzögerte Einigung besser ist als diese schlechte Einigung. Wir sind besorgt, dass diese Vorschläge die positiven Auswirkungen der Fazilität für Konjunkturbelebung und Widerstandsfähigkeit untergraben, die Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft bremsen und die Menschen zu einem Zeitpunkt im Stich lassen könnten, an dem sie mehr denn je gegen wiederkehrende Schocks geschützt werden müssen. In einer Zeit, in der der Rechtsextremismus in Europa auf dem Vormarsch ist, sind Investitionen in öffentliche Güter von zentraler Bedeutung, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Angst vor sozioökonomischem Abstieg zu verringern. Die Verfestigung des Sparkurses gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa.

Wir fordern Sie daher dringend auf, sich die nötige Zeit für ein Umdenken zu nehmen. Die Menschen in Europa brauchen eine Einigung, die die Lehren aus dem vergangenen Jahrzehnt widerspiegelt, den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird und den Regierungen die Instrumente an die Hand gibt, um proaktiv in die Erreichung der vereinbarten klimatischen, sozialen und wirtschaftlichen Ziele der EU zu investieren.

Unterzeichner:

Réseau Action Climat

Deutscher Naturschutzring

FiscalFuture

France Nature Environnement